

# UNSERE WOCHEN IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Handlungsfähigkeit sowie Effizienz staatlichen Handelns ist entscheidend für die Stabilität unseres freiheitlich-demokratischen Systems. Nur so können wir jene gesellschaftliche Solidarität aufrechterhalten, die unser Gemeinwesen so stark macht. Mit der neu eingesetzten Enquete-Kommission zum Bürokratieabbau wollen wir unter anderem Wege aufzeigen, wie Bürokratie abgebaut und neue Bürokratie nachhaltig vermieden werden kann.

Die Bayerische Staatsregierung hat bereits in der Vergangenheit erfolgreich Schritte getätigt, welche die Enquete-Kommission konkret weiterentwickeln wird. Wir sehen unsere Fraktion dabei als Impulsgeber, um die Aufgaben unseres Staates neu zu denken – und zwar näher an der Perspektive und den Bedürfnissen der Menschen.

Umfragen zeigen: Neben zu hohen Energiekosten empfinden unsere Bürgerinnen und Bürger vor allem Bürokratie als größtes Problem des Wirtschaftsstandorts Bayern. In der Enquete-Kommission haben wir es nun in der Hand, den Grundstein für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung, sichere Arbeitsplätze und damit eine zuverlässige Finanzausstattung aus Steuermitteln zu legen. Hierzu werden wir uns auf konkret umsetzbare Verfahren auf Landesebene konzentrieren und Empfehlungen für eine noch bürgernähere Politik entwickeln.

In der letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause haben wir aber noch weitere wichtige Weichenstellungen vorgenommen: Wir haben notwendige Änderungen am Polizeiaufgabengesetz veranlasst, das neue Abgeordnetengesetz verabschiedet und uns mittels Dringlichkeitsantrag dafür eingesetzt, Großschadenslagen und den Verteidigungsfall bei der Krankenhausreform stärker zu berücksichtigen.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihr Heimatabgeordneter Dr. Martin Brunnhuber



## UNSERE HIGHLIGHTS

### SEITE 2:

ANSIEDELUNG VON FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN: BAYERN NICHT BENACHTEILIGEN

### SEITE 3:

VERTEIDIGUNGSFALL BEI KRANKENHAUSREFORM BERÜCKSICHTIGEN

### SEITE 4:

ÄNDERUNGEN BEIM PAG: POLIZEI BESTMÖGLICH AUFSTELLEN

### SEITE 6:

UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE

# RÜCKBLICK

## Unser Dringlichkeitsantrag: Keine Benachteiligung Bayerns bei der Ansiedlung und Erweiterung von Forschungseinrichtungen!



Bayern ist Heimat einer Vielzahl hochkarätiger außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Hierzu gehören an rund 50 Standorten die Forschungsorganisationen Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft und Leibniz-Gemeinschaft. Mittels Hightech Agenda investiert der Freistaat inzwischen rund 5,5 Milliarden Euro in Forschung und Innovation – so viel wie kein anderes deutsches Bundesland. Doch wegen eines Beschlusses

des Bundeskabinetts droht dem Freistaat eine Benachteiligung bei der Ansiedlung und Erweiterung von Forschungseinrichtungen.

Denn ein am 26. Juni vom Bundeskabinett beschlossenes Konzept beschreibt das Ziel, einen „strukturstärkenden Beitrag“ durch gezielte Ansiedlung von Bundes- und Forschungseinrichtungen in ehemaligen Kohlerevieren, ostdeutschen Flächenländern und strukturschwachen Regionen zu leisten. Dieses Konzept umfasst nicht nur Einrichtungen, deren Gründung explizit auf der Stärkung strukturschwacher Regionen und einer gesonderten gesetzlichen Grundlage beruhen, sondern auch Forschungseinrichtungen der gemeinsamen institutionellen Forschungsförderung von Bund und Ländern nach Art. 91b des Grundgesetzes. Damit würden explizit auch strukturpolitische Eingriffe in die Standortentscheidung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen insgesamt ermöglicht. Das lehnen wir klar ab.

Deshalb wird sich die Staatsregierung beim Bund dafür einsetzen, dass die Ansiedlung und Erweiterung von Forschungseinrichtungen weiterhin allein nach wissenschaftsgeleiteten Kriterien, dem Exzellenzprinzip sowie dem universitären und wirtschaftlichen Umfeld erfolgt und eine Benachteiligung Bayerns durch strukturpolitische Vorgaben verhindert wird.

Mehr [HIER](#).

## **Unser Dringlichkeitsantrag: Krisenfeste Krankenhausstruktur erhalten!**

Der Erhalt gewachsener Krankenhausstrukturen ist wichtig. Denn nur so kann eine adäquate Patientenversorgung sichergestellt werden – insbesondere wenn der Patientenstrom plötzlich stark zunimmt, im schlimmsten Fall bei Eintritt des Verteidigungsfalls. Mittels Dringlichkeitsantrag haben wir diese Woche daher eine Berücksichtigung der Erfordernisse einer krisenfesten Krankenhausstruktur gefordert.

Konkret wollen wir ein unkoordiniertes Krankenhaussterben verhindern und sinnvolle Strukturen im stationären Bereich erhalten. Gerade bei Großschadenslagen muss eine Aufwuchsfähigkeit gegeben sein. In Anbetracht der verschärften Sicherheitslage gewinnt auch die zivile Resilienz an Bedeutung, beispielweise bei der Versorgung Verletzter. **Wir müssen deshalb mit aller Kraft verhindern, dass jetzt Einrichtungen geschlossen werden, die später vielleicht wieder benötigt werden.**

Im Verteidigungsfall stehen bundesweit fünf Bundeswehrkrankenhäuser zur Verfügung, um die Versorgung verletzter Soldaten zu übernehmen. Bei Bedarf muss darüber hinaus auf bestehende Krankenhäuser zurückgegriffen werden. Diese gilt es als Teil der zivilen Resilienz aufrechtzuerhalten.

Insbesondere sinnvolle Strukturen im stationären Bereich müssen unbedingt erhalten bleiben. Deshalb kämpfen wir dafür, dass bei der aktuellen Krankenhausreform des Bundes – die drastische Einschnitte in der bayerischen Krankenhauslandschaft zur Folge haben wird – die Grundlagen für eine krisenfeste Krankenhausstruktur miteinbezogen werden. Es ist im Sinne der Sicherheit unserer Bevölkerung unabdingbar, unsere Kliniken stärker mit Zivil- und Katastrophenschutz einerseits und der militärischen Verteidigung andererseits zu verzahnen. Auch das Sanitätswesen der Bundeswehr kann hier einen guten Beitrag leisten.

Mehr [HIER](#).

## **Aktuelle Stunde: Kein Steuerbonus für ausländische Fachkräfte**

Als FREIE WÄHLER-Fraktion sehen wir die geplanten Steuervergünstigungen des Bundes für ausländische Fachkräfte in den ersten drei Jahren ihres Aufenthalts äußerst kritisch. Für uns sprechen folgende Punkte ganz klar dagegen: Zum einen ist es mehr als ungerecht, dass andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin hohe Steuern zahlen müssen. Darüber hinaus wäre das Prozedere mit weiterer Bürokratie verbunden. Stattdessen fordern wir eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast für alle Bürgerinnen und Bürger – damit Leistung belohnt, Fehlanreize beseitigt und die Wirtschaft gestärkt wird. Eine solche Maßnahme könnte wesentlich dazu beitragen, dass Deutschland seinen Ruf als Höchststeuerland verliert und für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland attraktiver wird. Dazu würde auch beitragen, Einkommen bis 2.000 Euro brutto grundsätzlich steuerfrei zu stellen.

Mehr [HIER](#).



## **Polizei zur Gefahrenabwehr bestmöglich aufstellen!**

Es ist gut, dass wir diese Woche die Novelle des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes beschließen konnten. Das Herzstück der Gesetzesänderung ist die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Nutzung des Datenabgleichsystems VeRA – so haben wir es im Koalitionsvertrag auch vereinbart. Das System wird unseren Polizistinnen und Polizisten bei der datenbankübergreifenden Analyse und Auswertung vorhandener, polizeiinterner Datenbestände helfen und sie somit bei einer zeitgemäßen und effizienten Gefahrenabwehr unterstützen. Die Einführung VeRAs entspricht unserer Zielsetzung, die Bayerische Polizei bestmöglich und zukunftsfähig aufzustellen. So untermauern wir Bayerns Anspruch, sicherstes Bundesland Deutschlands zu bleiben. Mehr [HIER](#).



## Trophäenpräparation: Lösung im Interesse privater Jäger

Damit Jäger und Jägerinnen Gehörne zur Ausstellung angemessen präsentieren können, wird Wasserstoffperoxid in entsprechender Konzentration benötigt. Über viele Jahrzehnte war der diesbezügliche Einsatz von Wasserstoffperoxid mit einer Konzentration von mehr als zwölf Prozent im Bereich der Jagd gängige und bewährte Praxis. Weil Terroristen versuchten, den Stoff auch zur Sprengstoffherstellung zu nutzen, wurde eine Ausnahmeregelung gestrichen, der zufolge 30-prozentiges Wasserstoffperoxid über Apotheken an Privatpersonen abgegeben werden durfte.

Das wollen wir nun ändern: Mittels Antrag setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass Jägerinnen und Jäger Wasserstoffperoxid mit einer Konzentration über zwölf Prozent wieder zu Zwecken des Eigenverbrauchs erwerben, besitzen und verwenden dürfen – unter Angabe einer Endverbraucherklärung sowie gegen Vorlage eines gültigen deutschen Jahres- oder Drei-Jahres-Jagdscheins.

Die Annahme unseres Antrags im Wirtschaftsausschuss ist ein Etappensieg für uns und die Jägerschaft in Bayern. Denn seit der bundesweiten Änderung der Gefahrstoffverordnung im Januar 2017 stehen private Jäger vor einem Dilemma: Einerseits werden sie in Bayern verpflichtet, die Trophäen für die Vorlage auf Trophäenschauen sauber und rückstandslos zu präparieren, andererseits dürfen sie nur noch maximal zwölfprozentige Wasserstoffperoxid-Lösung erwerben. Ein fachgerechtes Präparieren ist praxistauglich jedoch nur mit einer höherprozentigen Wasserstoffperoxid-Lösung möglich.

Wir finden es schlichtweg grotesk, privaten Jägern die Eignung zum verantwortungsvollen Führen einer Schusswaffe in ihrem Jagdgebiet zuzusprechen, den Erwerb einer zur Präparation der Trophäe dringend benötigten Chemikalie jedoch zu versagen – zumal diese in Deutschland von Berufsjägern und Personen mit einem Gewerbeschein legal erstanden werden kann. Die Staatsregierung wird sich deshalb auf Bundesebene verstärkt dafür einsetzen, Personen mit einem gültigen Jagdschein den Zugang zu Wasserstoffperoxid mit einer Konzentration von mehr als zwölf Prozent für die Präparation von Jagdtrophäen zu ermöglichen. Mehr [HIER](#).



# UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE – DANKE FÜR'S TEILEN!

## #Locke im Landtag: Rote Karte im Landtag

Auch bei uns im Landtag wird manchmal die rote Karte gezeigt. Ein Foul wie im Fußball braucht es dazu allerdings nicht. Der Parlamentarische Geschäftsführer Felix Locke erklärt im Video-Format „Locke im Landtag“, was es mit der Karte auf sich hat.

[HIER](#) geht's zum Video.



## Treffen mit der Generalkonsulin des Staates Israel



Hoher Besuch im Bayerischen Landtag: Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl hat am Rande des dreitägigen Plenums Talya Lador-Fresher, Generalkonsulin des Staates Israel für Süddeutschland, im Maximilianeum empfangen. Wir danken ihr für den vertrauensvollen Austausch und stehen auch weiterhin fest an der Seite Israels. Denn der Schutz jüdischen Lebens ergibt sich nicht nur aus unserer historischen Verantwortung, sondern ist zugleich das Fundament unserer Demokratie. Mehr [HIER](#).



## #StreiblsStandpunkt: **Trinkwasser erhalten, Zukunft sichern!**

Unser Trinkwasser genießt hohe Qualitätsansprüche. Damit die auch weiterhin erfüllt werden, setzen wir uns für eine Abgabe zur Unterstützung der Kommunen und zum Erhalt der Quelle allen Lebens ein. Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl erklärt in der neusten Ausgabe von #StreiblsStandpunkt, warum das ein wichtiges Vorhaben ist.

**HIER** geht's zum Reel.

### Folgen Sie uns:

 <https://twitter.com/fwlandtag>

 <https://www.facebook.com/fwlandtag>

 <https://www.instagram.com/fwlandtag/>

 [YouTube https://www.youtube.com/@fwlandtag](https://www.youtube.com/@fwlandtag)

 <https://www.threads.net/fwlandtag>

**Wir verabschieden uns in die parlamentarische Sommerpause & wünschen Ihnen einen schönen Sommer!**

## **Impressum**

**Landtagsabgeordneter  
Dr. Martin Brunnhuber  
Hofgasse 2 | 83278 Traunstein  
Telefon +49 861 21164123  
[kontakt@mdl-brunnhuber.de](mailto:kontakt@mdl-brunnhuber.de)**

---